

Vereinbarung

zwischen dem

Landkreis Reutlingen
(nachstehend Landkreis genannt)

und

dem Verkehrsunternehmen

XXX
(nachstehend Verkehrsunternehmen genannt)

**Durchführung von Verkehrsleistungen: Linienverkehr „Linienbündel Metzingen“
im Landkreis Reutlingen**

Inhalt

| | |
|--|----|
| § 1 Vertragsgegenstand | 3 |
| § 2 Vertragsbestandteile | 3 |
| § 3 Tariftreue | 3 |
| § 4 Leistungspflicht, Ausführung der Leistung | 4 |
| § 5 Personenbeförderungsrechtliche Genehmigungen | 5 |
| § 6 Nachunternehmer | 7 |
| § 7 Beförderungserlöse | 7 |
| § 8 Vergütungsanspruch, Umsatzsteuer | 10 |
| § 9 Abrechnung und Zahlung | 11 |
| § 10 Leistungsanpassungen | 12 |
| § 11 Wertsicherung | 16 |
| § 12 Überprüfungen und Kontrollen | 16 |
| § 13 Nicht- und Schlechtleistung | 18 |
| § 14 Ersatzvornahme und (Teil-)Entbindung | 18 |
| § 15 Vertragsstrafen | 18 |
| § 16 Haftung, Haftung Rechtsnachfolge | 19 |
| § 17 Versicherung | 20 |
| § 18 Inkrafttreten, Vertragslaufzeit | 20 |
| § 19 Vorzeitige Kündigung des Vertrages | 20 |
| § 20 Salvatorische Klausel | 22 |
| § 21 Schlussbestimmungen, Gerichtsstand | 22 |

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Landkreis beauftragt als Aufgabenträger im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und damit zuständige Behörde das Verkehrsunternehmen mit der Durchführung von Leistungen des ÖPNV in Form von Busverkehren im Linienbündel Metzingen mit den Buslinien
- a) Linie 201 Metzingen Längenfeld - Bahnhof - Glems;
 - b) Linie 202 Grafenberg - Neugreuth - Metzingen - Harthölzle;
 - c) Linie 203 Pliezhausen - Mittelstadt - Metzingen - Neugreuth.

entsprechend den Vorgaben dieses Vertrages und seiner Anlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung nebst ihrer Anhänge (Anlage 1).

Es handelt sich dabei um Linienverkehr nach § 42 PBefG.

- (2) Dieser Vertrag stellt einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag i. S. d. Art. 3 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007 dar.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Die Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und ihre Anhänge sind ebenso Bestandteil dieses Vertrages wie das Angebot des Verkehrsunternehmens und die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B). Bei Widersprüchen gelten in der nachfolgenden Reihenfolge
- 1. dieser Vertrag,
 - 2. die Leistungsbeschreibung und ihre Anhänge,
 - 3. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und
 - 4. das Angebot des Verkehrsunternehmens.
- (2) Die Geltung von allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkehrsunternehmens ist ausdrücklich ausgeschlossen.

§ 3 Tariftreue

- (1) Die ausgeschriebenen Leistungen unterfallen dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz — LTMG). Die diesem Vertrag als Anlage 2 beigefügten „Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue-Mindestlohngesetz - LTMG)“ sind Bestandteil dieses Vertrages. Das Verkehrsunternehmen ist als „Auftragnehmer“ zur Einhaltung dieser besonderen Vertragsbedingungen verpflichtet.

- (2) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, die Vorgaben des Mindestlohngesetzes einzuhalten und den Landkreis gegebenenfalls von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen, wie in der Zusicherungs- und Freistellungserklärung, die dem Vertrag als Anlage 3 beigelegt ist, beschrieben.

§ 4 Leistungspflicht, Ausführung der Leistung

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, die Verkehrsleistungen nach Art, Umfang und Qualität gem. der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) samt Anhängen sowie diesem Vertrag und ergänzend nach seinem Angebot zu erbringen (Soll-Leistung als gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen i. S. d. Art. 4 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007). Für die Fortentwicklung des Fahrplanangebots und damit verbundene Leistungsanpassungen gilt Kapitel 7 der Leistungsbeschreibung.
- (2) Das Verkehrsunternehmen hat mit dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo) und der Baden-Württemberg Taif GmbH einen Kooperationsvertrag abzuschließen (Anlage 6). Das Verkehrsunternehmen nimmt ausschließlich den naldo-Verbundtarif, das Deutschlandticket, das Deutschlandticket JugendBW, der Landestarif Baden-Württemberg (bwtarif) sowie die einschlägigen Übergangstarife an (vgl. Vorgaben zu Tarif und Vertrieb gem. Kapitel 10 der Leistungsbeschreibung).
- (3) Das Verkehrsunternehmen führt die Verkehrsleistungen im eigenen Namen, unter eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung durch und wird Vertragspartner der Fahrgäste.
- (4) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich zur vollständigen und uneingeschränkten Beachtung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Sicherheitsbestimmungen und sonstiger Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere:
1. Personenbeförderungsgesetz,
 2. Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft),
 3. Straßenverkehrsgesetz,
 4. Straßenverkehrsordnung,
 5. Straßenverkehrszulassungsverordnung,
 6. Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) sowie
 7. Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV).
- (5) Landkreis und Verkehrsunternehmen bleiben Träger von Rechten und Pflichten, die sich aus den für sie geltenden Rechtsvorschriften ergeben.
- (6) Der Landkreis gewährt dem Verkehrsunternehmen zur finanziellen Abgeltung für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dieses Vertrages eine Ausgleichsleistung i. S. d. Art. 2 lit. g) VO (EG) Nr. 1370/2007 (Zuschuss).

§ 5 Personenbeförderungsrechtliche Genehmigungen

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, unverzüglich nach Zuschlagserteilung auf seine Kosten die für die Vertragsdurchführung erforderlichen Genehmigungen nach § 42 PBefG und, falls notwendig, für die Übergangszeit bis zur Erteilung der bestandskräftigen Genehmigungen einstweilige Erlaubnisse nach § 20 PBefG und ggf. deren Sofortvollzug bei der Genehmigungsbehörde zu beantragen.
- (2) Auf Aufforderung des Landkreises hat das Verkehrsunternehmen die Erteilung der notwendigen Genehmigungen und ggf. deren sofortige Vollziehung auch streitig gegen konkurrierende eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge durchzusetzen, sofern ein solches Vorgehen nicht völlig aussichtslos erscheint. Die Kosten für Rechtsschutzverfahren (Gebühren für Widerspruchsverfahren, Gerichtskosten und etwaige Anwaltskosten) trägt der Landkreis, soweit die Kostenbelastung nicht aus in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen entsteht und die Auswahl sowie die Festlegung der Honorierung des das Verkehrsunternehmen vertretenden Verfahrensbevollmächtigten im Einvernehmen mit dem Landkreis erfolgt ist.
- (3) Der Landkreis wird seine Beteiligung am Genehmigungsverfahren sowie an vorgerichtlichen und gerichtlichen Verfahren nutzen, um den Genehmigungsantrag des Verkehrsunternehmens bestmöglich zu unterstützen. Der Landkreis wird sich aller Maßnahmen enthalten, die einer Erteilung der Genehmigungen an das Verkehrsunternehmen entgegenstehen oder den Fortbestand erteilter Genehmigungen oder Erlaubnisse gefährden.
- (4) Werden für den beantragten Verkehr oder für Teile hiervon zunächst vollziehbare einstweilige Erlaubnisse erteilt, berührt dies die Leistungspflichten der Parteien nach diesem Vertrag nicht. Für die Zeit bis zum Erhalt bestandskräftiger Genehmigungen für die von diesem Vertrag umfassten Verkehrsleistungen kann der Landkreis hinter den in der Leistungsbeschreibung definierten Vorgaben zurückbleibende Anforderungen an Umfang und Qualität der Leistung stellen, um ggf. (für den Fall einer endgültigen Genehmigungsversagung) vergebliche Anfangsinvestitionen zu begrenzen; hinsichtlich des Zuschusses während dieses Schwebezustandes gilt, soweit der Landkreis von der Leistungsbeschreibung abweichende Anforderungen stellt, § 2 Nr. 3 VOL/B.

Für die Zeit zwischen Vertragsschluss und Erhalt der bestandskräftigen Genehmigung für die ausgeschriebene Verkehrsleistung hat das Verkehrsunternehmen vor evtl. Fahrzeugkäufen oder sonstigen Investitionen über 50.000 Euro die Zustimmung des Landkreises einzuholen. Die Erteilung der Zustimmung durch den Landkreis bedeutet keine Übernahme der Kosten für bereits durch das Verkehrsunternehmen getätigte Fahrzeuginvestitionen im Falle der von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit.

- (5) Bestehen keine vollziehbaren Genehmigungen oder vollziehbaren einstweiligen Erlaubnisse für die vertragsgegenständlichen Linien oder bestehen diese nicht mehr, wird die Leistung unmöglich und beide Seiten werden für die Dauer der Unmöglichkeit von ihren jeweiligen Leistungspflichten nach diesem Vertrag frei. Ist die Versagung oder die Aufhebung der Genehmigungen bzw. einstweiligen Erlaubnisse — ggf. nach Erschöpfung der Rechtsschutzmöglichkeiten nach Abs. 1 — bestandskräftig, so endet dieser Vertrag mit Wirkung zum Ablauf ggf. noch bestehender und vollziehbarer Genehmigungen bzw. einstweiligen Erlaubnisse oder andernfalls mit sofortiger Wirkung. Bestehen nur für einen Teil der Linien keine vollziehbaren Genehmigungen oder einstweiligen Erlaubnisse (mehr), wird die Leistung nur insoweit unmöglich und entfallen die jeweiligen Leistungspflichten der Vertragspartner nur insoweit. Ist in diesem Fall die Versagung oder die Aufhebung der Genehmigungen bzw. einstweiligen Erlaubnisse — ggf. nach Erschöpfung der Rechtsschutzmöglichkeiten nach Abs. 1 — bestandskräftig, so sind beide Seiten zur vorzeitigen Kündigung des gesamten Vertrages berechtigt, wenn vom Fehlen der Genehmigungen bzw. Erlaubnisse ein so wesentlicher Teil der vertragsgegenständlichen Leistungen betroffen ist, dass die Vertragsdurchführung aus verkehrlicher und/oder wirtschaftlicher Sicht für eine oder beide Parteien unzumutbar wäre.
- (6) Hat das Verkehrsunternehmen das (teilweise) Fehlen vollziehbarer Genehmigungen bzw. Erlaubnisse zu vertreten, so haftet es dem Landkreis für den daraus entstehenden Schaden, insbesondere für eventuell entstehende höhere Kosten bei Beauftragung eines anderen Verkehrsunternehmens. Hat der Landkreis das (teilweise) Fehlen vollziehbarer Genehmigungen bzw. Erlaubnisse verschuldet, behält das Verkehrsunternehmen seinen Ausgleich. Es ist jedoch zur Schadensminimierung verpflichtet und muss sich dasjenige anrechnen lassen, was es infolge der Abbestellung von Verkehrsleistungen an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Kapazitäten erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Der Landkreis übernimmt keine Garantie dafür, dass dem Verkehrsunternehmen die Genehmigungen bzw. Erlaubnisse erteilt werden und haftet dem Verkehrsunternehmen insbesondere dann nicht, wenn diesem die Genehmigungen von der Genehmigungsbehörde wegen eines konkurrierenden Genehmigungsantrags versagt werden.
- (7) Wird die Leistung aus den in diesem Paragraphen beschriebenen Gründen nur teilweise unmöglich und wird der Vertrag nicht gekündigt, entfällt der Teil des Zuschusses, der auf die sodann nicht mehr zu erbringende Leistung entfällt. Wird die Leistung aus den in diesem Paragraphen beschriebenen und von keiner Vertragspartei zu vertretenden Gründen nur teilweise unmöglich und kündigt der Landkreis den gesamten Vertrag, so hat er dem Verkehrsunternehmen, falls dieses bereits Investitionen für die nicht unmöglich gewordenen Leistungen getätigt hat, diese Kosten über die Vertragslaufzeit weiter zu bezahlen. Das Verkehrsunternehmen hat sich des Weiteren dasjenige anrechnen zu lassen, was es infolge der verspäteten oder unterbliebenen Aufnahme von Verkehrsleistungen an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Kapazitäten erworben oder zu erwerben böswillig unterlassen hat.
- (8) Die Anzeige in Bezug auf die anzuwendenden Beförderungsentgelte sowie auf Fahrplanänderungen erfolgt gemäß § 39 Abs. 1 bzw. § 40 Abs. 2 PBefG durch den Landkreis oder naldo, sofern dieser die Anzeige nicht dem Verkehrsunternehmen überträgt.

- (9) Das Verkehrsunternehmen hat personenbeförderungsrechtliche Anträge, die die Vertragsdurchführung beeinträchtigen würden, zu unterlassen und ist verpflichtet, die Zulassung von Verkehren abzuwehren, die die hier in Rede stehenden Verkehre konkurrenzieren. Im Falle der Kündigung des Vertrages oder anderweitiger Vertragsbeendigung ist das Verkehrsunternehmen verpflichtet, zum Wirksamwerden der Kündigung bzw. Ablauf der Kündigungsfrist die Entbindung von der Betriebspflicht nach § 21 Abs. 4 S. 1 PBefG bei der Genehmigungsbehörde zu beantragen. Kosten für solche Verfahren hat das Verkehrsunternehmen selbst zu tragen, es sei denn, die Vertragsbeendigung beruht auf einem schuldhaften Verhalten des Landkreises.
- (10) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, im Rahmen einer Anhörung nach § 14 PBefG keine Einwände gegen personenbeförderungsrechtliche Anträge geltend zu machen, soweit es sich um Verkehre handelt, die der Landkreis im Sinne einer ergänzenden Verkehrsbedienung zur Abrundung des Verkehrsangebotes auf der vertraglichen Linie befürwortet und für welche er Dritte mit der Antragstellung beauftragt hat.

§ 6 Nachunternehmer

Das Verkehrsunternehmen ist nur im Rahmen des Art. 4 Abs. 7 Satz 2 VO (EG) Nr. 1370/2007, unter Wahrung einer Selbsterbringungsquote von mindestens 50 % der zu erbringenden Leistung und nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung des Landkreises berechtigt, Fahrbetriebsleistungen an Dritte zu vergeben. Der Landkreis erteilt die Zustimmung, wenn keine begründeten Zweifel daran bestehen, dass der Dritte die jeweiligen Leistungen unter Erfüllung der nach diesem Vertrag maßgeblichen Anforderungen erbringen wird. Der Landkreis ist berechtigt, die Zustimmung wieder zurückzuziehen, sofern der Subunternehmer wiederholt trotz zweimaliger Abmahnung gegenüber dem Verkehrsunternehmen gegen die Vorgaben des Vertrags verstößt. Die Verantwortung des Verkehrsunternehmens für die Durchführung und Qualität der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Leistungen bleibt hiervon unberührt.

§ 7 Beförderungserlöse

- (1) Als in Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach diesem Vertrag erzielte Beförderungserlöse gelten auf den Verkehr entfallende
- a) aus dem Vertrieb erzielten Tarifeinnahmen (kassentechnische Einnahmen),
 - b) Tarifausgleichszahlungen nach §§ 228 ff. SGB IX oder etwaiger Nachfolgeregelungen sowie aus allgemeinen Vorschriften nach Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007, insbesondere der Satzung gemäß Art. 3 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Festlegung und Rabattierung von Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr im Gebiet des Landkreises Reutlingen (Allgemeine Vorschrift) in Anlage 8,
 - c) erhöhtes Beförderungsentgelt,
 - d) Zuweisungen bzw. Abführungen des naldo für Fremdnutzung und Umsteiger (Ausgleichszahlungen aus Einnahmenaufteilungen aus Verbundabrechnung, ggf. einschließlich darin enthaltener öffentlicher Mittel) sowie

- e) etwaige von Dritten (z.B. von Kommunen oder Firmen) zur Erstellung der vertragsgegenständlichen Verkehrsleistungen für Betriebskosten oder Tarifmaßnahmen geleisteten Zahlungen bzw. Zuschüsse.
 - f) Einnahmen durch Werbung an den eingesetzten Bussen.
- (2) Das Verkehrsunternehmen vereinnahmt Beförderungserlöse im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Die Erlöse stehen wirtschaftlich dem Landkreis zu. Dabei kann sich der Landkreis jederzeit über die Einnahmesituation der vertragsgegenständlichen Linien informieren. Die steuerliche Behandlung (Umsatzsteuer) obliegt dem Verkehrsunternehmen. Dies gilt auch soweit dem Verkehrsunternehmen Bruttofahrgehalteinnahmen anderer Verkehrsunternehmen zugeschrieben werden bzw. von diesem abgefordert werden. In diesen Fällen sind vom Verkehrsunternehmen auch entsprechende Korrekturmeldungen an die zuständige Finanzbehörde zu veranlassen.
- (3) Das Verkehrsunternehmen ist zum Vertrieb und zur Sicherung der hieraus erzielten kassentechnischen Einnahmen sowie zu Fahrausweiskontrollen nach den Anforderungen der Leistungsbeschreibung Kapitel 10.6 verpflichtet. Das Verkehrsunternehmen haftet für die Gewährleistung einer Schwarzfahrerquote von maximal 3,5 %. Wird durch den Landkreis anlässlich von durch diesen durchgeführten Fahrkartenkontrollen eine höhere Schwarzfahrerquote festgestellt, so haftet das Verkehrsunternehmen für die entgangenen Einnahmen, die sich aus der Überschreitung des Maximalwertes ergeben. Der Nachweis hat durch eine Stichprobenerhebung zu erfolgen, die eine statistische Sicherheit von 95 % für den Zielwert 3,5 % bei einem Toleranzfeld von +/- 0,5 Prozentpunkten gewährleistet.
- (4) Das Verkehrsunternehmen ist ferner zur Einziehung des erhöhten Beförderungsentgelts nach den Anforderungen in Kapitel 10.6 der Leistungsbeschreibung verpflichtet. Erhöhte Beförderungsentgelte, die das Verkehrsunternehmen bei auf seine Kosten durchgeführten Fahrausweiskontrollen eingezogen hat, reduzieren nicht den Zuschuss, sondern verbleiben bei ihm. Aufgrund von auf Kosten des Landkreises durchgeführten Fahrausweiskontrollen eingezogene erhöhte Beförderungsentgelte stehen diesem zu bzw. sind an diesen abzuführen.
- (5) Das Verkehrsunternehmen hat den nach den im naldo und der BW-Tarif GmbH jeweils geltenden Bestimmungen maximal möglichen Erlösanspruch einzufordern und sich auch sonst in Fragen der Einnahmenaufteilung so zu verhalten, als würde es das vollständige Erlörisiko tragen. Auf Wunsch des Landkreises ist das Verkehrsunternehmen zur streitigen Durchsetzung von Erlösansprüchen im Rahmen der Einnahmenaufteilung verpflichtet; daraus entstehende Kosten werden gegen Nachweis gesondert erstattet, soweit sie nicht auf in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen beruhen. Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, die Mitwirkung an Einnahmenaufteilungen oder anderen Verbundaufgaben insbesondere in Bezug auf die Beförderungsentgelte- und -bedingungen, soweit sie den von diesem Vertrag umfassten Verkehr betreffen oder sich hier auswirken, nur im Einvernehmen mit dem Landkreis wahrzunehmen. Hierzu hat es dem Landkreis unverzüglich nach Erhalt entsprechender Einladungen, Tagesordnungen und Verhandlungsunterlagen sowie Sitzungsprotokolle oder ähnliche Unterlagen vorzulegen und dazu das Votum des Landkreises einzuholen.

Erhält das Verkehrsunternehmen nicht binnen 3 Werktagen oder nicht rechtzeitig vor einer Sitzung ein Votum, so ist es in seinem Abstimmungsverhalten frei. Andernfalls ist das Votum des Landkreises für die Abstimmung und das sonstige Verhalten des Verkehrsunternehmens bindend. Das Verkehrsunternehmen hat dem Landkreis sämtliche ihm zugänglichen Abrechnungsunterlagen des Verbundes oder von diesem mit der Einnahmenaufteilung befasster Dritter vorzulegen.

Das Verkehrsunternehmen hat dem Landkreis ferner in geeigneter Form (z.B. Kontobelege, Quittungen) die von ihm erhaltenen Erlös-Zuscheideungen oder die von ihm geleisteten Erlös-Abführungen nachzuweisen. Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, den Landkreis auf dessen Wunsch hin zur Wahrnehmung von Rechten bezüglich der Einnahmenaufteilung und an anderen Verbundaufgaben zu bevollmächtigen. Kosten, die dem Verkehrsunternehmen aus der Mitwirkung an der Einnahmenaufteilung oder anderen vorbenannten Mitwirkungspflichten entstehen, werden vom Landkreis gesondert erstattet, soweit sie nicht zu den in der Leistungsbeschreibung benannten Pflichten des Verkehrsunternehmens gehören und soweit das Verkehrsunternehmen sie nachweist. Verletzt das Verkehrsunternehmen Verpflichtungen aus den vorstehenden Sätzen dieses Absatzes, so ist er dem Landkreis zum Schadensersatz verpflichtet; der Schaden kann insbesondere in nicht realisierten oder zugeteilten Einnahmen bestehen. Das Verkehrsunternehmen haftet dem Landkreis ferner für alle Schäden, die dem Landkreis wegen einer verspäteten oder unvollständigen oder sonst nicht den obenstehend genannten Anforderungen entsprechenden Einnahmenmeldung entstehen.

- (6) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, Ausgleichszahlungen nach §§ 228 ff. SGB IX im maximal möglichen Umfang geltend zu machen. Das Verkehrsunternehmen hat hierfür auf eigene Kosten die nach SGB IX erforderlichen Zahlungen durchführen zu lassen. Das Verkehrsunternehmen hat dem Auftraggeber seine Anträge nach §§ 228 ff. SGB IX vorab zur Zustimmung und die ihm diesbezüglich erteilten Bescheide und andere für die Ausgleichsansprüche relevanten Unterlagen unverzüglich vorzulegen.

Betreibt das Verkehrsunternehmen neben dem vertragsgegenständlichen Verkehr noch weitere Verkehre, so genügt anstelle der Anträge bzw. Bescheide die Vorlage von Auszügen hieraus, aus denen sich alle für die Beantragung und Berechnung der auf die vertragsgegenständlichen Linien entfallenden Ausgleichszahlungen erforderlichen Angaben und Werte ersehen lassen.

Soweit dies nicht bereits aus dem Antrag bzw. dem Auszug aus dem Antrag (Sätze 3 und 4) ersichtlich ist, stellt das Verkehrsunternehmen dem Auftraggeber für das naldo-Gebiet unverzüglich nach Vorliegen der Daten eine Aufstellung über die im Rahmen der Einnahmeaufteilung des naldo den vertragsgegenständlichen Linien zugeschienenen Tarifeinnahmen und Stückzahlen zur Verfügung, die Grundlage der Antragstellung sind. Auf Wunsch des Auftraggebers ist das Verkehrsunternehmen zur streitigen Durchsetzung von Ausgleichsansprüchen nach §§ 228 ff. SGB IX verpflichtet. Daraus entstehende Kosten werden vom Auftraggeber gegen Nachweis gesondert erstattet, soweit sie nicht auf in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen beruhen. Verletzt das Verkehrsunternehmen seine vorstehenden Verpflichtungen, so ist es dem Auftraggeber zum Schadensersatz verpflichtet; der Schaden kann insbesondere in nicht realisierten Erlösen nach §§ 228 ff. SGB IX bestehen.

- (8) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, alle Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen im Sinne des Abs. 1 auszuschöpfen sowie Zahlungen und Zuschüsse Dritter für Betriebskosten und Tarifmaßnahmen auszuschöpfen.

- (9) Der Landkreis kann das Verkehrsunternehmen anweisen, auf Anträge auf Zuschüsse und Ausgleichsleistungen zu verzichten, insbesondere, wenn diese sich gegen den Landkreis und/oder den Landkreis richten bzw. eine Zahlung dessen an das Verkehrsunternehmen zur Folge hätten.

§ 8 Vergütungsanspruch, Umsatzsteuer

- (1) Der jährliche Zuschussanspruch des Verkehrsunternehmens setzt sich zusammen aus
1. jährliche Gesamtkosten der Leistung nach Abs. 2 für das jeweilige Kalenderjahr unter Berücksichtigung während dieser Zeit wirksamer Leistungsanpassungen (§ 10) und ggf. wertgesichert nach § 11, abzüglich
 2. in dieser Zeit vereinnahmte Beförderungserlöse nach § 7 (netto).

Mit dem Anspruch aufgerechnet werden etwaige Ansprüche des Landkreises auf Vertragsstrafen (§ 14) und Schadensersatz gegen das Verkehrsunternehmen sowie der Wert nicht erbrachter Leistungen aufgrund Nicht- oder Schlechtleistungen nach § 13. Die Aufrechnung erfolgt unabhängig davon, ob das Verkehrsunternehmen Vertragsstrafen, Schadensersatzansprüche, Minderungen oder sonstige Verkürzungen anerkannt hat.

- (2) Die jährlichen Gesamtkosten der Leistung setzen sich aus den vom Verkehrsunternehmen für die einzelnen Preisbestandteile im Bieterangebot (Vollkostenpreis pro Kalenderjahr gem. Preisblatt, Formular 7) getätigten Eintragungen in seinem Angebot, hinterlegt mit dem Mengengerüst für das jeweilige Kalenderjahr, zusammen:

1. Preisbestandteil P1:
Preis pro Umlaufstunde multipliziert mit der Anzahl an Umlaufstunden pro Jahr (für jede Verkehrszeit);
2. Preisbestandteil P2:
Preis pro Fahrzeug und Jahr multipliziert mit dem Fahrzeugbedarf (für jeden Fahrzeugtyp);
3. Preisbestandteil P3:
 - a) Preisbestandteil P3.1:
Preis pro Wagenkilometer multipliziert mit der Anzahl an Wagenkilometer pro Jahr (für jeden Fahrzeugtyp);
 - b) Preisbestandteil P3.2:
Preis pro Wagenkilometer multipliziert mit der Anzahl an Wagenkilometer pro Jahr (für jeden Fahrzeugtyp),
4. Preisbestandteil P4:
Preis für Overhead und Regie pro Jahr.

Dabei sind die tatsächlich angefallenen Verkehrstage maßgeblich. Zur Bestimmung des Angebotspreises (Vollkostenpreis für das Normjahr gem. Kapitel 2.3.5 der Leistungsbeschreibung) sowie des Auftragswertes zu Vertragsbeginn wird das Mengengerüst unter Berücksichtigung des Normjahres (Leistungsbeschreibung Kapitel 2.1 Abs. 4) herangezogen.

- (3) Soweit die vertraglichen Pflichten der Verkehrsleistungserbringung nicht über ein gesamtes Kalenderjahr bestehen – bspw. im Jahr der Betriebsaufnahme oder im Falle einer Vertragskündigung – mindern sich die Gesamtkosten der Leistung nach § 8 (1) für dieses Jahr und damit der Anspruch des Verkehrsunternehmens auf den Zuschuss entsprechend der im Kalenderjahr nicht angefallenen Verkehrstage und Mengen. Die Anspruchsverringerung errechnet sich in diesem Fall für die Preisbestandteile P1 und P3 nach § 10 (3) (jeweiliger Wert der Leistung). Die Kürzung für Preisbestandteil P2 und P4 errechnet sich aus dem Produkt aus $\frac{1}{365}$ der hierauf entfallenden jährlichen Kosten und der Zahl der Kalendertage zwischen dem letzten Tag der Leistungserbringung und dem 01.01. des Folgejahres.
- (4) Im Hinblick auf den Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 23. Juni 1994 und den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17. November 1995 wird davon ausgegangen, dass die in diesem Vertrag geregelten Vergütungszahlungen des Landkreises an das Verkehrsunternehmen nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Sollte entgegen der bisherigen Praxis der Finanzbehörden Umsatzsteuer anfallen, so schuldet der Landkreis diese zusätzlich einschließlich etwaiger Verspätungszuschläge und Säumniszinsen. Das Verkehrsunternehmen wird auf Aufforderung des Landkreises gegen derartige Umsatzsteuerbescheide außergerichtlich und gerichtlich vorgehen. Die Kosten für Rechtsschutzverfahren (Gebühren für Einspruchsverfahren, Gerichtskosten und etwaige Anwaltskosten) trägt der Landkreis, soweit die Kostenbelastung nicht aus in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen entsteht und die Auswahl sowie die Festlegung der Honorierung des das Verkehrsunternehmen vertretenden Verfahrensbevollmächtigten im Einvernehmen mit dem Landkreis erfolgt ist. Der Landkreis wird sein Einvernehmen erklären, sofern der Verfahrensbevollmächtigte die für solche Verfahren erforderliche steuerrechtliche Kompetenz aufweist und keine die Marktüblichkeit übersteigende Honorierung festgelegt ist.

§ 9 Abrechnung und Zahlung

- (1) Das Verkehrsunternehmen erhält zunächst kalendermonatlich Abschlagszahlungen, auf Basis des § 8 Abs. 1. Das Verkehrsunternehmen stellt dazu dem Auftraggeber bis zum 20. Kalendertag eines Monats eine Rechnung für den vergangenen Kalendermonat. Bei Leistungsanpassungen kann im gegenseitigen Einvernehmen die Abschlagszahlung angepasst werden.

Die monatliche Abschlagszahlung soll jeweils einem Zwölftel des jährlichen Zuschussanspruchs in den Preisbestandteilen P2 sowie P4 entsprechen. In den übrigen Preisbestandteilen sind die im jeweiligen Kalendermonat angefallenen Mengen (Wagenkilometer, Umlaufstunden) sowie die tatsächlich angefallenen Verkehrstage heranzuziehen.

- (2) Das Abrechnungsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die endgültige Abrechnung des Zuschussanspruchs erfolgt mittels Jahresschlussrechnung nach Vorliegen der letzten naldo-Jahresabrechnungen und aller endgültigen Bescheide bzw. Informationen, soweit daraus Erlöszu- oder -abflüsse resultieren. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber mit der Abrechnung sämtliche Rohdaten der kassentechnischen Einnahmen kursscharf in einem üblichen Dateiformat (z.B. XLS) sowie gegebenenfalls Nachweise über den Erhalt sämtlicher weiterer Erlöse nach § 7 zur Verfügung. Der Auftraggeber prüft die Berechnung des Auftragnehmers binnen vier Wochen nach Zugang. Ist der Auftraggeber der Auffassung, dass die Berechnung des Auftragnehmers fehlerhaft ist, hat er dies gegenüber dem Auftragnehmer zu begründen und eine eigene Berechnung vorzulegen. Diese gilt als anerkannt, wenn und soweit der Auftragnehmer nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Berechnung des Auftraggebers mit substantiierter Begründung schriftlich widerspricht. Widerspricht der Auftragnehmer, ist innerhalb von weiteren zwei Wochen eine Klärung des Dissenses in Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer herbeizuführen. Der Rechtsweg bleibt vorbehalten. Eventuelle Über- oder Unterzahlungen sind mit der oder den ersten Zahlung(en) nach der Gesamtabrechnung auszugleichen, sobald die Abrechnung unstrittig bzw. der Streit entschieden ist.
- (3) Zur Ermittlung des tatsächlichen Zuschussanspruches (Jahresschlussrechnung) nach § 8 Abs. 1 für das Kalenderjahr werden
1. Im Kalenderjahr angefallene Nicht- oder Minderleistungen nach § 13 sowie etwaig verhängte Vertragsstrafen nach § 14,
 2. Leistungsanpassungen nach § 10,
 3. Alle im Kalenderjahr beim Verkehrsunternehmen eingegangenen (maßgeblicher Zeitpunkt: Einzahlung beim Verkehrsunternehmen) Beförderungserlöse (netto) nach § 7, im Falle von Ausgleichszahlungen aus der Verbundabrechnung ggf. auch negativ (in diesem Falle gilt der Zeitpunkt der Rechnungsfälligkeit als maßgeblich), oder Abschlüsse darauf,
 4. Dem Auftraggeber zustehende erhöhte Beförderungsentgelte (maßgeblicher Zeitpunkt: Einzahlung beim Verkehrsunternehmen), sowie
 5. Bereits erhaltene Abschlagszahlungen
- berücksichtigt.
- (4) Sollte sich aufgrund der Höhe der Beförderungserlöse ein negativer Zuschussanspruch ergeben, so ist der überschießende Betrag mit Vorlage der Abrechnung an den Auftraggeber abzuführen, sofern der Auftraggeber nicht zustimmt, den überschießenden Betrag in den Folgemonat zu übertragen.

§ 10 Leistungsanpassungen

- (1) Zur Herstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung (§ 7 Abs. 3 PBefG) im Bedienungsgebiet, d.h. dem von den gegenständlichen Linien bedienten Gebiet, hat das Verkehrsunternehmen insbesondere bei veränderten Verkehrsbedürfnissen oder geänderten Rahmenbedingungen auf Verlangen des Aufgabenträgers folgende Leistungsanpassungen zur Fortschreibung und Modifikation der Verkehrsleistungen im öffentlichen Personenverkehr nach § 1 Abs. 1 des Vertrages umzusetzen:

1. Verlängerungen oder Verkürzungen von Linien,
2. Entfall oder Hinzukommen von Linien,
3. Veränderungen der Linienwege,
4. Entfall oder Hinzukommen einzelner Fahrten,
5. Änderung der vorgehaltenen Fahrzeugkapazitäten (Fahrgastplätze oder Fahrzeuganzahl) auf den einzelnen Fahrplankursen,
6. Änderungen der Bedienungszeiträume oder
7. Änderungen der Betriebs- und Fahrplanzeiten.

Geänderte Verkehrsbedürfnisse oder geänderte Rahmenbedingungen sind insbesondere anzunehmen bei

1. Veränderungen der Schullandschaft (Schülerzahl, Schulstandorte, Unterrichtszeiten),
2. demographische Entwicklung oder
3. Änderung der ÖPNV-Nutzerstruktur.

Ein Anpassungserfordernis kann sich insbesondere auch aus dem Luftreinhalteplan des Regierungspräsidiums Tübingen in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere für das Gebiet der Stadt Reutlingen, ergeben. In diesem Fall wird eine geeignete Lösung zwischen den Vertragsparteien abgestimmt. Es gilt § 2 Abs. 3 VOL/B.

(2) Leistungsanpassungen können Erhöhungen oder Verringerungen

1. des Fahrzeugbedarfes (Änderung der Anzahl der einzusetzenden Fahrzeuge; Kapitel 2.1 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 Leistungsbeschreibung),
2. der Umlaufstunden (Änderung des anfallenden Zeitbedarfes; Kapitel 2.1 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 Leistungsbeschreibung),
3. der Wagenkilometer (Änderung der anfallenden Kilometerleistung; Kapitel 2.1 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 Leistungsbeschreibung) oder
4. der angebotenen Fahrplankilometer (Kapitel 1 Abs. 2 Leistungsbeschreibung) erfordern, und damit das Mengengerüst gem. Kapitel 2.1 Abs. 1 der Leistungsbeschreibung ändern.

(3) Es wird der Wert der Leistungsanpassung dem Anspruch auf Zuschuss des Verkehrsunternehmens nach § 8 Abs. 1 bei Erhöhungen bzw. Verringerungen für die Dauer ihrer Wirksamkeit hinzugerechnet bzw. bei Verringerungen von diesem abgezogen. Der Wert der Leistungsanpassung bemisst sich anhand der Summe aus

1. der Zahl der erforderlichen Erhöhung oder größtmöglichen Verringerung der eingesetzten Fahrzeuge (Änderung des Fahrzeugbedarfes), multipliziert mit dem auf ein einzelnes Fahrzeug des entsprechenden Fahrzeugtyps entfallenden Fahrzeugpreis pro Jahr wie unter Preisbestandteil P2 im Bieterangebot (Preisblatt) angegeben, multipliziert mit einem Zwölftel der Zahl der Monate, in denen die Leistungsanpassung wirkt, wobei die Untergrenze des Abs. 7 Satz 3 gilt;
2. der Zahl der erforderlichen Erhöhung oder größtmöglichen Verringerung der Umlaufstunden zur jeweiligen Verkehrszeit zur Umsetzung der Leistungsänderung während ihrer Dauer (Änderung des Zeitbedarfes), multipliziert mit dem auf diese Verkehrszeit entfallenden – ggf. nach § 11 wertgesicherten – Preis pro Umlaufstunde wie unter Preisbestandteil P1 im Bieterangebot (Preisblatt) angegeben;

3. der Zahl der erforderlichen Erhöhung oder größtmöglichen Verringerung der Wagenkilometer des jeweiligen Fahrzeugtyps zur Umsetzung der Leistungsänderung während ihrer Dauer (Änderung der Wagenkilometer), multipliziert mit dem auf diesen Fahrzeugtyp entfallenden – ggf. nach § 11 wertgesicherten – Preis pro Wagenkilometer wie unter Preisbestandteil P3 im Bieterangebot (Preisblatt) angegeben.

Bei der Berechnung der Umlaufstunden und des Fahrzeugbedarfes wird der vom Verkehrsunternehmen erstellte Umlauf gem. Kapitel 2.1 Abs. 3 der Leistungsbeschreibung als Basis herangezogen. Es gilt Kapitel 2.1 der Leistungsbeschreibung (anzurechnende Leistungen). Umlaufstunden zur Erbringung anzurechnender Leistungen oder andere den Umlaufstunden hinzugerechnete Zeiten können in (andere) anzurechnende Leistungen umgewandelt werden, ohne dass sich der Vergütungsanspruch ändert.

Bei Hinzukommen eines Fahrzeuges (d.h. eines neuen Wagenumlaufes) oder soweit kein ganzer Wagenumlauf durch Wegfall von Umlaufstunden entfällt, werden wenigstens 2 Umlaufstunden vergütet (Mindestumlaufdauer bei Leistungsänderungen gem. Kapitel 2.1 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 lit. c der Leistungsbeschreibung). Die Umwandlung von Leer- in Fahrplankilometer erfolgt ohne Vergütungsänderung.

Das Verkehrsunternehmen hat nachzuweisen, dass und in wie weit die entsprechenden Leistungsanpassungen Änderungen des Mengengerüsts erfordern.

- (4) Saldiert über die gesamte Vertragslaufzeit sind Leistungsanpassungen bis zu einem Wert von 25 % der nach § 11 wertgesicherten jährlichen Gesamtkosten der Leistung zu Vertragsbeginn zulässig. Bei über den Korridor von 25 % hinausgehenden Abbestellungen ist der Zuschuss auf Basis der Ursprungskalkulation des Verkehrsunternehmens an dessen veränderte Kosten anzupassen; § 2 Nr. 3 VOL/B.
- (5) Unberührt von vorstehenden Absätzen kann der Landkreis im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, insbesondere § 132 GWB die Leistung ändern, um auf unvorhergesehene Umstände zu reagieren, ohne dass die Leistung sich grundlegend ändert. Diese können insbesondere neue technologische Anforderungen an Fahrzeuge, Informations- und Vertriebstechnik beinhalten. Bei diesen Leistungsänderungen ist der Zuschuss auf Basis der Ursprungskalkulation des Verkehrsunternehmens an dessen veränderte Kosten anzupassen; § 2 Nr. 3 VOL/B.
- (6) Der Landkreis hat die Möglichkeit, die Angaben des Verkehrsunternehmens in den Fällen der Absätze 3 und 5 über die veränderten Mengen und Kosten durch Sachverständigengutachten überprüfen zu lassen. Die Kosten des Gutachtens trägt in diesem Fall der Landkreis. Beide Vertragspartner verpflichten sich mit dem Vertragsschluss zur Anerkennung der Ergebnisse des Sachverständigen. Der Sachverständige wird von beiden Vertragspartnern einvernehmlich bestimmt. Beide Vertragspartner können Sachverständige vorschlagen. Einigen sich die Vertragspartner binnen zwei Wochen nach Eingang des Wunsches des Landkreises zur Überprüfung der Annahmen des Verkehrsunternehmens beim Verkehrsunternehmen nicht auf einen Sachverständigen, wird die zuständige Preisprüfstelle um die Benennung des Sachverständigen gebeten.

- (7) Leistungsanpassungen, die Änderungen,
1. des Fahrzeugbedarfes erfordern, sind spätestens vier Monate vor Umsetzung,
 2. des übrigen Mengengerüsts erfordern, sind spätestens vier Wochen vor Umsetzung,
 3. des Mengengerüsts aufgrund von absehbaren Betriebsstörungen nach Kapitel 9.2.2 Nr. 1 der Leistungsbeschreibung soweit erforderlich in kürzerer, angemessener Frist

beim Verkehrsunternehmen zu verlangen. Für Leistungsanpassungen, die eine Erhöhung des Fahrzeugbedarfes erfordern, wird der Teil des Wertes der Leistungsanpassung, der auf Preisbestandteil P2 (Fahrzeugfixkosten) entfällt (Berechnung nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 1), dem Zuschussanspruch wenigstens für 24 Monate hinzugerechnet, auch wenn die Leistungsanpassung kürzer wirkt.

- (8) Der Landkreis verlangt Leistungsanpassungen schriftlich durch Zu- oder Abbestellung von Leistungen und ändert insoweit die vom Verkehrsunternehmen geschuldete Leistung. Hierzu gibt er dem Verkehrsunternehmen wenigstens Anlass und Ziel der geplanten Leistungsänderung vor. Das Verkehrsunternehmen ist sodann verpflichtet, auf dieser Basis mit angemessener Frist – insbesondere auch den Vorlaufzeiten des naldo – und unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebotes ein Fahrplankonzept unter Ausweis des neuen Mengengerüsts zu entwickeln und dem Landkreis zur Prüfung und ggf. weiteren Abstimmung vorzulegen. Dabei hat das Verkehrsunternehmen unter Bezug auf seine Umlaufplanung (Leistungsbeschreibung Kapitel 2.1 Abs. 3) jeweils anzugeben, ob und in wie weit die entsprechenden Leistungsanpassungen Änderungen des Mengengerüsts erfordern. Nach abschließender Abstimmung und positiver Prüfung tätigt der Landkreis auf Basis dieses Fahrplankonzeptes die entsprechende Zu- oder Abbestellung, welche Vorgaben zu Wagenkilometer, Umlaufstunden sowie Zahl und Typ(en) der einzusetzenden Fahrzeuge enthält. Der Landkreis behält sich vor, solche Zu- oder Abbestellung auch auf Basis eigens erstellter Fahrplankonzepte zu tätigen.

- (9) Erkennt das Verkehrsunternehmen etwaige negative Folgen einer Zu- oder Abbestellung, insbesondere in Bezug auf

1. die Umsetzbarkeit der Leistungsanpassung (Fahrplanzeiten, Wagenumläufe),
2. die Produktivität und Wirtschaftlichkeit des Linienbündels und
3. die Attraktivität des Fahrplanangebotes für Fahrgäste,

teilt er dies dem Landkreis unverzüglich mit.

- (10) Für Leistungsänderungen infolge von Betriebsstörungen außerhalb des Risikobereichs des Verkehrsunternehmens (Leistungsbeschreibung Kapitel 8.2.2) gelten die Regelungen für die Anpassung des Zuschusses nach Abs. 3 entsprechend. Die Fristen unter Abs. 7 finden keine Anwendung. Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, die von diesem Absatz umfassten Fälle und ihre Auswirkungen auf das Leistungsvolumen zu dokumentieren und dem Landkreis diese Dokumentation jeweils zum 10. Kalendertag eines Monats für den Vormonat vorzulegen (Qualitäts- und Statusbericht gem. Leistungsbeschreibung Kapitel 14 Abs. 4 und 5). Widerspricht der Landkreis nicht innerhalb von 14 Tagen dieser Meldung des Verkehrsunternehmens, gelten die Leistungsänderungen als anerkannt und eine Zu- oder Abbestellung nach Abs. 5 wird rückwirkend erteilt. Der Landkreis ist berechtigt, die Auszahlung der monatlichen Abschlagszahlungen auf den Zuschuss nach § 9 (1) solange zurückzubehalten, bis ihm der jeweilige Monatsbericht nach diesem Absatz vorliegt.

Für Leistungsänderungen infolge von im Risikobereich des Verkehrsunternehmens liegender Betriebsstörungen (Leistungsbeschreibung Kapitel 8.2.1) erfolgt keine Anpassung des Zuschusses.

§ 11 Wertsicherung

- (1) Es erfolgt kalenderjährlich zum 01. Januar, erstmals im Jahr 2026, eine Wertsicherung des Preises auf Grundlage des Baden-Württemberg-Index ÖPNV Straße (BW-Index). Es werden die Kostensätze
 1. Preisbestandteil P1 (Personalaufwand) zu 55 %. Die Fortschreibung erfolgt über den gesamten Personalaufwand. Auf Grundlage der Ecklohn- und Manteltarifbestandteile der WBO-Tarifverträge und Arbeitgeberanteile an Lohnnebenkosten,
 2. Preisbestandteil P2 (Kapitalkosten) werden nicht fortgeschrieben,
 3. Preisbestandteil P3.1 (Treibstoff/Energie) zu 15 % auf Grundlage der Untergruppen „Dieselkraftstoffe“ des Energiepreisindex des Statistischen Landesamtes,
 4. Preisbestandteil P3.2 (Instandhaltung Fahrzeuge) zu 10 % auf Grundlage der Entwicklung der Erzeugerpreise,
 5. Preisbestandteil P4 (Sonstige Kostensätze) zu 5 % auf Grundlage der prozentualen Veränderung der Verbraucherpreise in Baden-Württemberg,fortgeschrieben.

Die prozentuale Veränderung wird jeweils auf den im entsprechenden Preisbestandteil entfallenden Einheitspreis gem. Bieterangebot unter ggf. Berücksichtigung vorangegangener Wertsicherungen angewandt.
- (2) Die Anpassung erfolgt unverzüglich nach Veröffentlichung des BW-Index und wird jeweils ab 01.01. des Jahres der Wertsicherung für dieses Jahr wirksam. Da diese jedoch erst einige Zeit nach Beginn des neuen Jahres vorliegen, wird der insoweit entstandene Anspruch rückwirkend ausgeglichen.
- (3) Die Preisfortschreibung des Preisbestandteil P3.1 erfolgt nach dem jeweilig eingesetzten Fahrzeugtyp.
- (4) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, eingesetzten Subunternehmen gemäß § 6 Preisfortschreibungen und Sonderzahlungen vollständig weiterzuleiten. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Subunternehmerverträge einzusehen.

§ 12 Überprüfungen und Kontrollen

- (1) Das Verkehrsunternehmen ermöglicht dem Landkreis bzw. dessen autorisierten Vertretern auf Verlangen, die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen. Der Landkreis kann sich in den im Fahrgastbetrieb befindlichen Fahrzeugen von der vertragsgemäßen Ausführung der geschuldeten Leistung unterrichten. Es gilt § 4 Nr. 2 VOL/B.

- (2) Der Nachweis der technischen Sicherheit ist auf Verlangen des Landkreises durch das Verkehrsunternehmen kurzfristig zu erbringen. Die Berichte der Kraftfahrzeuguntersuchungen nach der StVZO (Hauptuntersuchungen) sind auf Anforderung vorzulegen.
- (3) Der Landkreis hat insbesondere das Recht, den Zustand des Fuhrparks während des Einsatzes sowie unmittelbar davor oder danach durch unangekündigte Erhebungen zu überprüfen. Diese Erhebungen können insbesondere die Erfassung der Sauberkeit und Schadensfreiheit des eingesetzten Fuhrparks zum Ziel haben um den augenscheinlichen Eindruck der Fahrzeuge dahingehend zu repräsentieren. In diesem Fall werden die Erhebungen durch geschultes Personal des Landkreises oder vom Landkreis beauftragter Dritter durchgeführt.
- (4) Werden bei einer Erhebung leichte Mängel insbesondere in der Sauberkeit und/oder der Schadensfreiheit eines eingesetzten Fahrzeugs festgestellt, erfolgt eine schriftliche Abmahnung des Verkehrsunternehmens mit Aufforderung zur unverzüglichen Nachbesserung. Werden bei einer Nachkontrolle erneute Mängel festgestellt, kann der Landkreis Minderungen gemäß Anlage 5 Ziffer 7 festsetzen. Das Verkehrsunternehmen wird über die Festsetzung der Minderung informiert.
- (5) Leichte Mängel gemäß Abs. 4 sind insbesondere erkennbare punktuelle Kratzer, Löcher, Sprünge, „Dellen“ oder sonstige Beschädigungen von geringerem Ausmaß, an der Außenseite des Fahrzeugs sowie vereinzelt herumliegender Grobmüll (Dosen, Zeitung, etc.), kleinere sichtbare aber nicht abfärbende oder klebende Flecken/Verschmutzungen im Innenraum des Fahrzeugs.
- (6) In besonders begründeten Fällen kann der Landkreis die Einschaltung eines amtlich anerkannten Sachverständigen verlangen. Ein besonders begründeter Fall liegt vor, wenn Beschwerden seitens der Sorgeberechtigten oder Vertretern der Schulen an den Landkreis oder das Verkehrsunternehmen herangetragen wurden oder der Landkreis anderweitig Kenntnisse erlangt, die geeignet sind, Zweifel am vertragsgemäßen Fahrzeugeinsatz zu begründen. Die Kosten des Sachverständigen-Gutachtens trägt das Verkehrsunternehmen, wenn dabei festgestellt wird, dass die Fahrzeuge nicht den einschlägigen Vorschriften entsprechen. Der Landkreis kann vom Verkehrsunternehmen den Nachweis verlangen, dass die von ihm eingesetzten Fahrzeuge den Erfordernissen für die Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern gemäß Verlautbarung des Amtsblattes des Bundesverkehrsministeriums vom 15.08.2005 genügen. Dieser Nachweis ist in Form eines technischen Gutachtens zu führen, welches dem Landkreis binnen sechs Wochen nach seiner schriftlichen Anforderung im Original auszuhändigen ist.
- (7) Werden bei den gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen, bei polizeilichen Kontrollen, bei Überprüfungen durch die zuständige Behörde oder bei vom Landkreis veranlassten Fahrzeugkontrollen oder Sachverständigengutachten Mängel festgestellt, hat das Verkehrsunternehmen diese unverzüglich zu beseitigen. Die Mängelbeseitigung ist dem Landkreis gegenüber ohne weitere Aufforderung nachzuweisen.

- (8) Das Verkehrsunternehmen legt auf Verlangen dem Landkreis oder einem von diesem bestimmten anerkannten Fachbetrieb die Diagrammschreiben der Diagrammschreiber der Fahrtschreiber oder der EG-Kontrollgeräte für die Fahrten zur Auswertung vor. Die Kosten der Auswertung trägt der Landkreis.

§ 13 Nicht- und Schlechtleistung

- (1) Entsprechen die Leistungen des Verkehrsunternehmens nicht oder nur in Teilen den Anforderungen dieses Vertrages und der Leistungsbeschreibung nebst Anhängen oder werden vertraglich geschuldete Leistungen vom Verkehrsunternehmen nicht erbracht, mindert sich der Vergütungsanspruch um den Wert dieser Leistung. Werden vertraglich geschuldete Leistungen vom Verkehrsunternehmen nicht erbracht, entfällt der für diesen Teil der Leistung geschuldete Teil der Vergütung, es sei denn das Verkehrsunternehmen hat den Grund dafür nicht zu vertreten. Der Wert nicht erbrachter Leistung bemisst sich zunächst nach § 8 (2) (Wert der jeweiligen Leistungsbestandteile).
- (2) Weiter mindert sich der Anspruch auf den Zuschuss des Verkehrsunternehmens auf Grund der in Anlage 5 gelisteten Minderleistungen jeweils um den entsprechend gelisteten Wert. Für Nicht- und Schlechtleistungen in Bezug auf den Fahrzeugeinsatz und die Fahrzeuganforderungen gelten die in Anhang 2 zur Leistungsbeschreibung entsprechend gelisteten Minderungen.
- (3) Minderungen und Nichtleistungen sind der Höhe nach auf den Ausgleich begrenzt. Minderungen werden erst insoweit wirksam und fällig, sobald sie den Wert von 2 % des Jahresauftragswertes nach § 8 (1) übersteigen.

§ 14 Ersatzvornahme und (Teil-)Entbindung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Betriebsstörungen, insbesondere im Falle von Fahrtenausfällen und Verspätungen, sofern er sie zu verantworten hat, unverzüglich zu beseitigen. Kommt der Auftragnehmer trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung der Aufforderung zur Behebung der Betriebsstörung innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist nicht oder nur unzureichend nach, steht dem Auftraggeber das Recht zu, die vertragsgemäße Verkehrsleistung auf Gefahr und Kosten des Auftragnehmers anderweitig ausführen zu lassen (Ersatzvornahme).
- (2) Kann der Auftragnehmer die Betriebsstörung auch nach den Abmahnungen gemäß Abs. 1 auf Dauer nicht beheben, kann der Auftraggeber eine (Teil-)Entbindung von der Betriebspflicht gemäß § 21 Abs. 4 PBefG verlangen.

§ 15 Vertragsstrafen

- (1) Auf Anlage 2 (Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG), Ziffer 4 Abs. 1 wird verwiesen. Ist die danach verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, kann sie vom Landkreis als öffentlicher Auftraggeber auf Antrag des Verkehrsunternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

Soweit infolge des Verstoßes zu niedrige Entgelte gezahlt wurden, soll der angemessene Betrag mindestens dem Dreifachen des Betrages entsprechen, der vom Verkehrsunternehmen oder seinen Nachunternehmen und Verleihunternehmen durch den Verstoß eingespart wurde.

- (2) Der Landkreis kann auf Grund von schuldhaften Vertragsverstößen des Verkehrsunternehmens neben der Geltendmachung von Minderungen und Schadensersatz die in Anlage 4 gelisteten Vertragsstrafen festsetzen.
- (3) Die Höhe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag ist kalenderjährlich auf 5 % des Jahresauftragswerts (= kalkulierte Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Wertsicherung) nach § 8 (1) begrenzt. Die Vertragsstrafen werden auf etwaige wegen desselben Verstoßes geltend gemachte Schadensersatzansprüche des Landkreises angerechnet. Die vorstehend genannten Vertragsstrafen werden nur verwirkt, wenn das Verkehrsunternehmen den jeweiligen Vertragsverstoß zu vertreten hat, was widerleglich vermutet wird. Der Landkreis muss die Vertragsstrafe spätestens mit der letzten Zahlung geltend machen. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt.
- (4) Nimmt das Verkehrsunternehmen den Betrieb nicht rechtzeitig auf und hat es die Nichtaufnahme zu vertreten, was widerleglich vermutet wird, so hat der Landkreis für jeden Tag, an dem das Verkehrsunternehmen die Leistung nicht erbringt, Anspruch auf die Zahlung einer Vertragsstrafe. Diese beträgt für jeden vollendeten solchen Tag 1/365 der kalkulierten Gesamtkosten pro Jahr der Leistung. Im Übrigen gilt § 11 VOL/B. Zudem ist der Landkreis berechtigt, die Leistung durch Dritte erbringen zu lassen. Entstehen dem Landkreis durch die Ersatzvornahme bei Dritten höhere Kosten, als durch Nichtzahlung des insoweit entfallenden Zuschusses an das Verkehrsunternehmen, so ist das Verkehrsunternehmen zu weiterem Schadenersatz verpflichtet.

§ 16 Haftung, Haftung Rechtsnachfolge

Das Verkehrsunternehmen stellt den Landkreis uneingeschränkt von allen Ansprüchen frei, die von Fahrgästen oder Dritten aufgrund ihnen im Zusammenhang mit von diesem Vertrag umfassten Leistungen entstandenen Schäden gestellt werden, soweit sie Leistungen des Verkehrsunternehmens betreffen und das Verkehrsunternehmen nicht eine Schadensverursachung durch den Landkreis nachweist. Werden Ansprüche Dritter, für die das Verkehrsunternehmen im Innenverhältnis einzustehen hat, gegenüber dem Landkreis geltend gemacht, leitet dieser die zur Anspruchsbegründung eingereichten Unterlagen unverzüglich dem Verkehrsunternehmen zur Schadensregulierung weiter. Die Vertragspartner haben sicherzustellen, dass für die Erfüllung aller vertraglichen Pflichten auch die jeweiligen Rechtsnachfolger uneingeschränkt haften.

§ 17 Versicherung

- (1) Der Bieter hat über jedes im vertragsgegenständlichen Verkehr eingesetzte Fahrzeug eine Haftpflichtversicherung mit Forderungsausfalldeckung und einer dem Pflichtversicherungsgesetz genügenden Haftpflichtversicherung mit Forderungsausfalldeckung und einer dem Pflichtversicherungsgesetz genügenden Gesamtdeckungssumme für Sach- und Personenschäden von mindestens 100 Mio. Euro, im Fall von Personenschäden mit einer Deckung von mindestens 7,5 Mio. Euro je geschädigter Person abzuschließen. Die Haftpflichtversicherung für jedes Fahrzeug ist dem Landkreis vor erstmaligem Einsatz durch Vorlage einer Kopie der entsprechenden Bestätigung der Versicherung nachzuweisen.
- (2) Das Verkehrsunternehmen wirkt darauf hin, dass der Versicherer zugunsten des Landkreises einen Sicherungsschein erteilt bzw. eine Bestätigung der Haftpflichtversicherung mit rechtsverbindlicher Unterschrift ausstellt. Der Versicherer muss sich in dieser Bestätigung verpflichten, über die jährliche Aktualisierung der Bestätigung der Haftpflichtversicherung hinaus den Landkreis über die Gefährdung des Versicherungsschutzes durch Kündigung des Vertrages durch eine Vertragspartei oder durch Zahlungsverzug des Verkehrsunternehmens zu informieren. Wenn sich der Versicherer nicht zur Information des Landkreises über die Gefährdung des Versicherungsschutzes durch Kündigung des Vertrages durch eine Vertragspartei oder durch Zahlungsverzug des Verkehrsunternehmens verpflichten lässt, muss das Verkehrsunternehmen dem Landkreis das Recht einräumen, beim Versicherer jederzeit entsprechende Auskünfte über die Haftpflichtversicherung einholen zu können. Das Verkehrsunternehmen entbindet den Versicherer insoweit von seiner Verschwiegenheitspflicht. Der Versicherer hat dieses Auskunftsrecht des Landkreises in seinem Bestätigungsschreiben aufzuführen.
- (3) Der Landkreis kann die Auszahlung der (Abschlags-)Zahlungen nach § 9 bis zum Nachweis der Haftpflichtversicherung gemäß der vorstehenden Anforderungen zurückhalten. Der Landkreis kann weiter jede Zahlung vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

§ 18 Inkrafttreten, Vertragslaufzeit

Dieser Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und endet zum 31.07.2035, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Auf Kapitel 1 der Leistungsbeschreibung wird bzgl. der Betriebsaufnahme verwiesen.

§ 19 Vorzeitige Kündigung des Vertrages

- (1) Der Vertrag kann von beiden Teilen nur aus wichtigem Grund, den der kündigende Teil nicht zu vertreten hat, und der diesem die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar macht, gekündigt werden. Eine Kündigung erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keinen abweichenden Beendigungstermin vorgibt. Sie bedarf der Schriftform sowie der Versendung per Einschreiben mit Rückschein. Der Gekündigte ist dem Kündigenden zum Ersatz des durch die Kündigung entstehenden Schadens verpflichtet, soweit der Gekündigte den Kündigungsgrund zu vertreten hat.

- (2) Ein wichtiger Grund liegt für den Landkreis neben den in § 4 (Ausführung der Leistung) und § 5 (Genehmigungen) genannten Fällen insbesondere vor, wenn eine der nachfolgenden Situationen eintritt:
1. Das Verkehrsunternehmen hält den Termin zur Betriebsaufnahme um mehr als 72 Stunden verschuldet nicht ein, oder führt die für die Aufnahme des Betriebes erforderlichen Anschaffungen und Klärungen trotz schriftlicher Nachfristsetzung von einem Monat nicht ordnungsgemäß durch, wodurch der Termin zur Betriebsaufnahme unter normalen Umständen vom Verkehrsunternehmen verschuldet nicht mehr eingehalten werden kann.
 2. Das Verkehrsunternehmen erbringt die vertragliche Leistung über einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 72 Stunden aus eigenem Verschulden nicht.
 3. Die Summe der Abzüge wegen schuldhafter Leistungsmängel machen innerhalb von 6 Monaten 10 % oder nach vorheriger Abmahnung 5 % des Zuschusses eines Jahres aus.
 4. Gegenüber dem Verkehrsunternehmen wird ein Liquidations-, Insolvenz- oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.
 5. Das Verkehrsunternehmen kommt aus eigenem Verschulden über einen Zeitraum von drei Monaten oder wiederholt und nach Ablauf einer vom Landkreis zur Abhilfe gesetzten Frist seinen Berichts- und Abrechnungspflichten nicht nach.
 6. Das Verkehrsunternehmen kommt aus eigenem Verschulden seinen Berichts- und Abrechnungspflichten nach im Einzelnen spezifizierter Aufforderung des Landkreises zur Vervollständigung abgegebener Berichte und Abrechnungen und Ablauf einer Frist von vier Wochen weiterhin unvollständig nach.
 7. Das Verkehrsunternehmen verstößt dauerhaft oder wiederholt und schuldhaft trotz mindestens zweimaliger Abmahnung gegen sonstige vertragliche Pflichten.
- Auf Anlage 2 (Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)), Ziffer 4 Abs. 2 Satz 1 wird verwiesen.
- (3) Kommt es für die obenstehenden Kündigungsgründe auf das Vertretenmüssen des Verkehrsunternehmens an, wird dieses widerleglich vermutet. Führt eine Vertragspartei schuldhaft eine Situation herbei, welche zur außerordentlichen Kündigung durch die andere Vertragspartei führt, hat erstere auf Verlangen der anderen Partei den durch die Kündigung entstehenden Schaden zu ersetzen.

- (4) Ein wichtiger Grund für das Verkehrsunternehmen liegt insbesondere vor, wenn der Landkreis fällige und einredefreie Zahlungen nach § 9 trotz Mahnung und Setzung einer Nachfrist von einem Monat nicht leistet.
- (5) Kündigt das Verkehrsunternehmen unberechtigt oder ist der Landkreis zur vorzeitigen Kündigung des Vertrages berechtigt, zahlt das Verkehrsunternehmen dem Landkreis zur Abdeckung des bei diesem entstehenden Schaden eine pauschale Summe in Höhe von 20 vom Hundert auf die vom Verkehrsunternehmen für die Dauer von 18 Monaten kalkulierten Gesamtkosten der Leistung. Die Zahlungspflicht des Verkehrsunternehmens verringert sich, wenn dieses nachweist, dass dem Landkreis durch die Kündigung kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist.

§ 20 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das Gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt.

§ 21 Schlussbestimmungen, Gerichtsstand

- (1) Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.
- (2) Gerichtsstand ist Reutlingen.
- (3) Es gilt deutsches Recht. Verweisungen auf ausländisches Recht sind ausgeschlossen.
- (4) Das Verkehrsunternehmen teilt dem Landkreis alle wesentlichen Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit, soweit diese auf die Vertragsdurchführung Auswirkungen haben können. Dies gilt insbesondere für Änderungen des haftenden Kapitals, Gewinnabführungs-, Beherrschungs- und Konzerneingliederungsverträge.
- (5) Die Abtretung von Rechten oder Ansprüchen nach diesem Vertrag auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei zulässig.

(6) Diesem Verkehrsvertrag sind die folgenden Anlagen als wesentliche Bestandteile beigelegt:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung nebst Anhängen;
- Anlage 2: Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz — LTMG);
- Anlage 3: Zusicherungs- und Freistellungserklärung
- Anlage 4: Vertragsstrafen
- Anlage 5: Nicht- und Schlechtleistungen
- Anlage 6: Tarifierung
- Anlage 7: Gemeinsame Höchsttarifrichtlinie
- Anlage 8: Satzung über die Festlegung und Rabattierung von Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr

Reutlingen, den

XXX, den

Dr. Ulrich Fiedler
Landrat

XXX

Landkreis Reutlingen

XXX